



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 21. August 2023  
(OR. en)

12373/23

COASI 154  
ASIE 77  
CFSP/PESC 1157  
PE 97  
WTO 126  
COHOM 179  
ECOFIN 826  
MACAO 1

### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

|                |   |
|----------------|---|
| Absender:      | Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission |
| Eingangsdatum: | 18. August 2023   |
| Empfänger:     | Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union                     |

---

|                |   |
|----------------|---|
| Nr. Komm.dok.: | JOIN(2023) 29 final   |
| Betr.:         | GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Sonderverwaltungsregion Macau Jahresbericht 2022 |

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument JOIN(2023) 29 final.

Anl.: JOIN(2023) 29 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

HOHER VERTRETER  
DER UNION FÜR  
AUSSEN- UND  
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 18.8.2023  
JOIN(2023) 29 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN  
RAT**

**Sonderverwaltungsregion Macau**

**Jahresbericht 2022**

# GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

## SONDERVERWALTUNGSREGION MACAU

### JAHRESBERICHT 2022

#### **Zusammenfassung**

Seit der Übergabe Macaus an die Volksrepublik China im Jahr 1999 haben die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau im Rahmen des Grundsatzes „Ein Land, zwei Systeme“ genauestens verfolgt. Die EU unterstützt diesen Grundsatz und dessen Anwendung im Rahmen des Grundgesetzes; durch ihn soll sichergestellt werden, dass die Lebensweise, die Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Grundrechte und -freiheiten in Macau bis 2049 gewahrt bleiben.

Dieser Jahresbericht, der sich auf das Jahr 2022 erstreckt, wird im Einklang mit der im Jahr 1999 gegenüber dem Europäischen Parlament eingegangenen Verpflichtung veröffentlicht.

Die Integration Macaus in den nationalen Entwicklungsplan wurde 2022 beschleunigt. Die Regierung Macaus unternahm weitere Schritte zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit, wodurch die im Grundgesetz verankerten politischen Freiheiten und Grundfreiheiten untergraben werden könnten. Am 15. Dezember nahm die Gesetzgebende Versammlung den Gesetzesentwurf in erster Lesung einstimmig an.

Das hohe Maß an Autonomie Macaus sowie die Rechte und Freiheiten, die bis mindestens 2049 geschützt werden sollten, wurden auch 2022 weiter ausgehöhlt.

Das Jahr 2022 war geprägt von strengen sozialen Einschränkungen und Reisebeschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19, durch die Macau vom Rest der Welt isoliert wurde. Im Februar lockerte Macau die Reisebeschränkungen für Reisende aus Festlandchina, um die Erholung der stark vom Tourismus aus China abhängigen Wirtschaft zu fördern.

Im Jahr 2022 kam es mit dem Prozess gegen Alvin Chau, den Vorsitzenden des größten Anbieters von Vergnügungsreisen für Glücksspieler (sogenannte Junket-Touren)<sup>1</sup>, und der Verabschiedung eines neuen Glücksspielgesetzes zu einem drastischen Wandel im Glücksspielbereich.

<sup>1</sup> Im Glücksspielbereich ist eine „Junket-Tour“ eine von einem hierfür spezialisierten Anbieter organisierte Kurzreise, durch die vermögende, größtenteils aus Festlandchina stammende Spieler nach Macau gelockt werden sollen.

Die wirtschaftliche Diversifizierung, die Integration in die Greater Bay Area und die Entwicklung der Zone für vertiefte Zusammenarbeit zwischen Guangdong und Macau (Guangdong-Macao In-Depth Cooperation Zone) in Hengqin stellten weiterhin die wichtigsten Entwicklungsstrategien unter der Führung der Zentralregierung in Peking dar.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 ging das BIP Macaus um 27,8 % auf 130,3 Mrd. MOP (Macau-Pataca) (15,6 Mrd. EUR) zurück und lag damit 61 % unter dem Wert von 2019 (vor der Pandemie). Der Arbeitsmarkt blieb stabil, und die Regierung setzte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie weiterhin Maßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerung und der Unternehmen um.

Die aufgrund von COVID-19 verhängten Reisebeschränkungen, die unter anderem eine zweiwöchige Hotelquarantäne umfassten, hinderten die Bediensteten des EU-Büros weiterhin daran, nach Macau zu reisen oder dort Veranstaltungen abzuhalten. Ihre Arbeit wurde dadurch beeinträchtigt, und es fanden weniger Kontakte mit Regierungsbeamten, der Zivilgesellschaft, Unternehmen und anderen Akteuren statt. Auch der konsularische Zugang der EU-Mitgliedstaaten zu EU-Bürgern in Macau und der konsularische Zugang zu portugiesischen Bürgern in Hongkong wurden durch die Reisebeschränkungen erschwert.

## **I. Politische, rechtliche und soziale Entwicklungen**

Seit dem Ausschluss von 21 Kandidaten im Vorfeld der Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung im Jahr 2021 ist die Opposition nicht mehr in dem Gremium vertreten. Im Zuge der Veröffentlichung des Tätigkeitsberichts der Versammlung erklärte ihr Präsident jedoch, dass die Effizienz des Gremiums „erheblich gestiegen“ sei.

Im Dezember wurden in Macau zwölf Delegierte für den Nationalen Volkskongress gewählt; insgesamt standen 15 Kandidaten zur Wahl. Neun der gewählten Delegierten waren bereits zuvor Mitglieder des Nationalen Volkskongresses gewesen, darunter der Präsident der Versammlung.

Die **Anwaltsvereinigung von Macau** wählte Vong Hin Fai, ein Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung und des Nationalen Volkskongresses Chinas, zu ihrem Vorsitzenden.

Das **Wirtschafts- und Kulturbüro von Taipeh** in Macau setzte seine Tätigkeit fort. Im Oktober bestätigte der taiwanische Minister des Rates für Festlandsangelegenheiten, dass Macau den drei Vertretern Taiwans in der Sonderverwaltungsregion eine Visaverlängerung gewährt hatte, nachdem es zuvor zu einer diplomatischen Pattsituation gekommen war, weil Macau von den Vertretern die Unterzeichnung einer „Ein-China-Verpflichtung“ gefordert hatte, in der Taiwan als Teil Chinas anerkannt wird. Macau unterhält weiterhin ein Wirtschafts- und Kulturbüro in Taiwan.

Am 10. April 2022 veranstaltete das **Forum für Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern (Macau-Forum)** eine außerordentliche Ministerkonferenz über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern. Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang hielt online die Eröffnungsrede, in der er zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern und zur Einrichtung eines Kommunikationszentrums zur Prävention von Epidemien in Macau aufrief.

### *Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen*

Macau setzte die „**dynamische Null-COVID-Strategie**“ Festlandchinas um. Im Januar verhängte Macau ein zweiwöchiges Flugverbot für Passagierflüge aus Gebieten außerhalb Festlandchinas, nachdem drei Reisende positiv auf das Coronavirus getestet worden waren. Am 1. September öffnete Macau seine Grenzen wieder und erlaubte es Bürgern aus 41 Ländern, ohne vorherige Genehmigung der Gesundheitsbehörden in sein Gebiet einzureisen. Die Hotelquarantäne blieb für Reisende aus Gebieten außerhalb Festlandchinas weiterhin in Kraft. Die Dauer der Quarantäne wurde schrittweise von 21 Tagen zu Beginn des Jahres auf fünf Tage gegen Ende des Jahres verkürzt. Zwischen dem 11. Juli und dem 23. Juli galten strenge Ausgangsbeschränkungen. Auf Anordnung der Regierung mussten sich die Einwohner in verschiedenen Phasen des örtlichen Ausbruchsgeschehens mehreren PCR- und Antigen-Schnelltests unterziehen. Eine Testkampagne richtete sich gezielt an ausländische Staatsangehörige, insbesondere an Filipinos, die häufig als Hausangestellte beschäftigt sind.<sup>2</sup>

Aufgrund der strengen Quarantänenvorschriften hatten Diplomaten in Hongkong, die auch in Macau akkreditiert sind, keinen konsularischen Zugang.

<sup>2</sup> <https://www.thestandard.com.hk/breaking-news/section/3/192590/Macau%E2%80%99s-Covid-zero-plan-now-targets-city%E2%80%99s-Filipino-workers>.

Nach Angaben des Amts für Statistik und Volkszählung sank die Bevölkerung im Jahr 2022 auf 672 800 Einwohner.<sup>3</sup> Sowohl die Zahl der nicht in Macau ansässigen Arbeitnehmer als auch die Zahl der in Macau ansässigen europäischen Bürger ging zurück.

### *Entwicklungen im Bereich der Gesetzgebung*

**Im Jahr 2022** gab es zwei **wichtige Entwicklungen im Bereich der Gesetzgebung**. Die erste war die Änderung des Glücksspielgesetzes<sup>4</sup>, durch die die Kontrolle der Behörden über den Casinobetrieb und insbesondere über die Anbieter von Junket-Touren verstärkt werden soll. Die zweite war die Änderung des Gesetzes über die nationale Sicherheit, die Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen war. Der im Dezember in erster Lesung verabschiedete Entwurf ließ darauf schließen, dass das Gesetz restriktiver ausfallen und an das Gesetz über nationale Sicherheit in Hongkong angeglichen werden wird.<sup>5</sup>

Der viel beachtete Prozess gegen den Glücksspiel-Tycoon Alvin Chau, der VIP-Bereiche in Casinos betrieb, brachte deutlich die Entschlossenheit der Behörden zum Ausdruck, den Glücksspielsektor stärker zu kontrollieren. Im Januar 2023 befand das Gericht Chau in 162 Anklagepunkten, darunter Beihilfe zum illegalen Glücksspiel und Betrug, für schuldig und verurteilte ihn zu 18 Jahren Haft. Auch der zweitgrößte Anbieter von Junket-Touren, Levo Chan, wurde wegen Betrugs, Geldwäsche und Leitung eines kriminellen Syndikats strafrechtlich verfolgt.<sup>6</sup> Die Abhängigkeit der Wirtschaft Macaus vom Glücksspiel dürfte im Rahmen von Chinas Kampf gegen Korruption und Geldwäsche abnehmen.

In seiner Grundsatzrede im November stellte Regierungschef Ho Iat Seng soziale Fragen in den Vordergrund und zitierte dabei aus der Rede von Generalsekretär Xi Jinping vom 1. Juli anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Kommunistischen Partei Chinas. Er kündigte an, die Regierung werde mit der fünften Phase eines Projekts zur umfassenden öffentlichen Videoüberwachung, bekannt unter dem Namen „Sky Eye“, fortfahren. Mitglieder der Zivilgesellschaft und prodemokratische Politiker äußerten Bedenken über die möglichen Auswirkungen auf die Privatsphäre und den Einsatz von Gesichtserkennungstechnologien. Im Juli brachte auch der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen entsprechende Bedenken zum Ausdruck.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> <https://www.dsec.gov.mo/ts/#!/step2/KeyIndicator/en-US/240>.

<sup>4</sup> <https://www.al.gov.mo/pt/law/year/507>.

<sup>5</sup> <https://www.al.gov.mo/pt/law/lawcase/553>.

<sup>6</sup> <https://www.thestandard.com.hk/section-news/section/11/249158/18-years-in-jail-for-junket-king>

<sup>7</sup> [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2572&Lang=en](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2572&Lang=en)

In seiner Grundsatzrede verwies Regierungschef Ho zudem auf Pläne, das Wahlsystem der Gesetzgebenden Versammlung im Jahr 2023 zu reformieren, um den Grundsatz „Patrioten regieren Macau“ umzusetzen.

Ferner kündigte er die Annahme des **Gewerkschaftsgesetzes** an. Obwohl das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften im Grundgesetz verankert war, gab es in Macau kein Gesetz, mit dem dies legalisiert wurde. Im Januar 2023 verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung den Gesetzesentwurf in erster Lesung. Die Zivilgesellschaft äußerte Besorgnis darüber, dass das Gesetz weder ein Streikrecht noch ein Recht auf Tarifverhandlungen vorsehe.

### *Nationale Sicherheit*

Die Regierung legte den Schwerpunkt verstärkt auf die nationale Sicherheit. Am 15. Dezember verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung in erster Lesung einen Gesetzesentwurf mit dem Titel „**Änderung des Gesetzes Nr. 2/2009 – Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit**“<sup>8</sup>. Nach diesem Gesetz, dessen erste Fassung im Jahr 2009 verabschiedet wurde, steht Folgendes unter Verbot: Verrat, Abspaltung, subversive Handlungen gegen die Zentrale Volksregierung, Aufruhr, Diebstahl von Staatsgeheimnissen, ausländische politische Organisationen, die die nationale Sicherheit in Macau gefährden, und politische Organisationen in Macau, die mit ausländischen politischen Organisationen zusammenarbeiten, um die nationale Sicherheit zu gefährden.

Im August erklärte der für Sicherheit zuständige Minister im Zuge der Einleitung einer Konsultation, durch die Änderung werde erreicht, dass das Gesetz die nationale Sicherheit in gleichem Maße schützen könne wie die Gesetze Festlandchinas und Hongkongs. In dem Konsultationsdokument hieß es, dass im Hinblick auf den Schutz der nationalen Sicherheit nur „ein Land“ die Verantwortung trage und nicht zwischen „zwei Systemen“ unterschieden werde.

**Durch das geänderte Gesetz wird der Anwendungsbereich der bestehenden Straftatbestände erweitert.** Der Straftatbestand der Abspaltung umfasst neben „gewalttätigen und sonstigen schwerwiegenden rechtswidrigen Handlungen“ nunmehr auch „gewaltlose“ Handlungen. Die möglichen Ziele subversiver Handlungen umfassen fortan das gesamte staatliche Regime. Der Diebstahl von Staatsgeheimnissen kann strenger bestraft werden, wenn die Informationen die Unabhängigkeit, die Einheit und die Sicherheitsinteressen des Landes gefährden. Der Tatbestand der rechtswidrigen Zusammenarbeit wurde auf die

<sup>8</sup> <https://www.al.gov.mo/pt/law/lawcase/553>

Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Vereinigungen und Einzelpersonen außerhalb von Macau ausgeweitet. Darüber hinaus wurden durch die Änderung auch neue Straftatbestände geschaffen, beispielsweise der Tatbestand der „Anstiftung zu oder Unterstützung von Aufruhr“, der sich insbesondere auf Äußerungen im privaten Umfeld bezieht. Die in dem Gesetz vorgesehenen „Vorsichtsmaßnahmen“ erlauben das Abhören von persönlicher Kommunikation sowie die Verhängung vorübergehender Ausreiseverbote gegen Personen, „die eine Tendenz zur Begehung einer Straftat aufweisen, die die nationale Sicherheit gefährden könnte“. Diese Vorschriften gehen noch über die Bestimmungen des Hongkonger Gesetzes über die nationale Sicherheit hinaus.

Die **Anwaltsvereinigung** und die **Association of Synergy von Macau** wiesen darauf hin, dass man sich zu den konkreten Änderungsklauseln nicht äußern können, da sie im Konsultationsdokument nicht aufgeführt gewesen seien. Der **Journalistenverband von Macau** äußerte sich besorgt darüber, dass der Anwendungsbereich verschiedener Straftatbestände ohne klare rechtliche Definitionen erweitert wurde. Der Verband wies darauf hin, dass der Straftatbestand der Subversion als Mittel zur Einschränkung der Meinungsfreiheit verwendet werden könnte, und fragte, ob die Regierung entsprechende Leitlinien herausgeben werde.

## **Rechte, Freiheiten und Chancengleichheit**

Im Juli äußerte der **Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen** bei seiner regelmäßigen Überprüfung Macaus im Rahmen des **Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte** Besorgnis über das Verbot friedlicher Versammlungen, den mangelnden Schutz der Rechte von Migranten und hinsichtlich der Kriterien für die Wahl der Kandidaten für die Gesetzgebende Versammlung.<sup>9</sup>

Der Ausschuss stellte fest, dass die Gerichtsbarkeit in Macau den Pakt offenbar nicht korrekt auslegt und das Recht auf freie Meinungsäußerung und öffentliche Teilhabe übermäßig stark eingeschränkt habe. Er forderte Macau auf, „seine Bemühungen zu intensivieren, um Richter, Staatsanwälte, Angehörige der Rechtsberufe und die allgemeine Öffentlichkeit für die im Pakt verankerten Rechte und deren Anwendbarkeit nach örtlichem Recht zu sensibilisieren“.

Die **Versammlungsfreiheit** war weiterhin bedroht. In den Jahren 2020 und 2021 lehnten die Behörden den Antrag der Democratic Development Union (DDU) ab, am 4. Juni Mahnwachen mit Kerzen zum Gedenken an den Jahrestag des Massakers auf dem Tiananmen-Platz im Jahr 1989 zu veranstalten; als

<sup>9</sup> [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CCPR%2FC%2FCHN-MAC%2FCO%2F2&Lang=en](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CCPR%2FC%2FCHN-MAC%2FCO%2F2&Lang=en)

Gründe für die Ablehnung wurden 2020 die COVID-19-Pandemie und 2021 die Möglichkeit einer „Schädigung des Rufs der Zentralregierung“ angeführt. Im Jahr 2022 beschloss die DDU, keine Genehmigung für die Organisation einer Mahnwache am 4. Juni zu beantragen, da man befürchtete, die Teilnehmer könnten einem erhöhten Risiko für eine Verhaftung ausgesetzt sein.

**Vereinigungsfreiheit.** Die Regierung leitete das Verfahren zur Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes ein, das jedoch weder ein Streikrecht noch ein Recht auf Tarifverhandlungen beinhaltet. Am 12. Juni wurde der Bericht über die im Jahr 2021 abgehaltene 45-tägige Konsultation veröffentlicht.<sup>10</sup> Darin wurde festgestellt, dass einige der Konsultationsteilnehmer auf das fehlende Streikrecht in dem Gesetzesvorschlag hingewiesen hatten. Daraufhin erklärte die Regierung, dass mit dem Gesetz ein „völlig neues“ System eingeführt werde, das sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer „schrittweise“ übernehmen sollten.

Die **Pressefreiheit** stand weiterhin unter Druck, da der ehemals lautstarke Journalistenverband, die Macau Portuguese and English Press Association, einen neuen Vorstand wählte und dieser sich verpflichtete, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und mehr Mittel vom Informationsbüro der Regierung anzunehmen.

Die Bereiche **Privatsphäre** und Datenschutz gaben Anlass zur Sorge. Im Zuge der Bekämpfung von COVID-19 führten die Behörden ein System von Anwendungen zur Kontaktnachverfolgung ein, für das eine Software zur Geolokalisierung und Erhebung personenbezogener Daten installiert wurde.

Im Rahmen der geänderten **rechtlichen Regelung für die Überwachung und den Schutz der Kommunikation** ist die Polizei befugt, bei Verdacht auf Straftaten wie Terrorismus, Handlungen, die die nationale Sicherheit gefährden, oder Cyberkriminalität den Telekommunikationsverkehr zu überwachen. Unter bestimmten Umständen darf die Polizei von Telekommunikationsbetreibern Telefondaten ohne vorherige Genehmigung durch einen Richter anfordern. Ab August 2023 müssen Telekommunikationsbetreiber mit einer Strafe rechnen, wenn sie einer Aufforderung von Regierungsbehörden zur Herausgabe von Daten nicht nachkommen.

In Macau gibt es rund 23 543 **nicht ansässige Hausangestellte**, die von den Philippinen, aus Vietnam, Indonesien, Myanmar und Nepal stammen; die meisten von ihnen sind Frauen. Sie konnten im Jahr 2022 aufgrund der pandemiebedingten Reisebeschränkungen nicht mit ihren im Ausland lebenden Familien zusammenzukommen. Nach Angaben von Gewerkschaften für

<sup>10</sup> <https://www.gov.mo/pt/consulta-de-politicas/consulta-publica-sobre-a-lei-sindical/>

Hausangestellte gab es Fälle, in denen Hausangestellte nicht bezahlt wurden, und auch Fälle, in denen Hausangestellte aus Angst vor Ansteckung ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitgeber waren nicht verpflichtet, eine Krankenversicherung für Hausangestellte abzuschließen. Es gab noch immer keinen Standardvertrag und kein Mindesteinkommen, da das Gesetz über den Mindestlohn für Arbeitnehmer nicht für ausländische Hausangestellte gilt. Vermittlungsagenturen verlangten von Hausangestellten weiterhin hohe Gebühren, die oftmals zwei Monatsgehältern entsprachen.

Es gab Fälle der **Diskriminierung von ethnischen Minderheiten**. Am 21. Juli ordnete die Regierung an, dass sich alle philippinischen Staatsangehörigen, einschließlich der in Macau ansässigen Philippiner, an drei aufeinanderfolgenden Tagen vom 22. bis 24. Juli im Rahmen der Maßnahmen gegen COVID-19 Nukleinsäuretests unterziehen müssen. Die Regierung hob die Maßnahme auf, nachdem die Progressive Labour Union of Domestic Workers, eine Gewerkschaft für Hausangestellte, Bedenken wegen Diskriminierung geäußert hatte. Dies war die zweite auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit durchgeführte Testrunde im Jahr 2022, nachdem im Juni eine ähnliche Anweisung an Bürger aus Myanmar ergangen war.

Was die Problematik des **Menschenhandels** betrifft, so hat das US-Außenministerium Macau in seine „Tier-3“-Liste aufgenommen, da „die Regierung im dritten Jahr in Folge keine Dienste für Opfer bereitgestellt und keine Strafverfolgung wegen Menschenhandels eingeleitet“ habe.<sup>11</sup>

Es fand kein sozialer Dialog mit der **LGBTIQ+-Gemeinschaft** statt, und die gleichgeschlechtliche Ehe wird nicht anerkannt. Dadurch genießen Mitglieder der LGBTIQ+-Gemeinschaft nicht die gleichen gesetzlichen Rechte wie andere Personen, insbesondere im Bereich des Eltern- und Erbschaftsrechts. Transgender-Personen dürfen ihr Geschlecht in ihrem Personalausweis nicht ändern.

Angehörige der Gesundheitsberufe waren noch immer nicht ausreichend über die Bedürfnisse von LGBTIQ+-Patienten informiert. Die Organisation „Rainbow of Macau“ forderte die Regierung auf, spezialisierte Gesundheitsdienste einzurichten und medizinisches Personal bereitzustellen, um eine angemessene Beratung, Diagnose und Behandlung für Geschlechtsdysphorie zu bieten.

## II. Wirtschaftliche Entwicklungen

<sup>11</sup> <https://www.state.gov/reports/2022-trafficking-in-persons-report/macau/>

**In den ersten drei Quartalen 2022** sank das BIP Macaus im Vergleich zum Vorjahr um 27,8 %<sup>12</sup> auf 130,3 Mrd. MOP (15,6 Mrd. EUR)<sup>13</sup>. Damit lag es um 61 % niedriger als im Jahr 2019 (330 Mrd. MOP/39,6 Mrd. EUR), **was zeigt, wie stark** die Wirtschaft Macaus von den Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie betroffen war.

Im Oktober prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) für 2022 für Macau einen Konjunkturrückgang um 22,4 %, während man im April noch von einem Wachstum in Höhe von 15,5 % ausgegangen war.<sup>14</sup> Im Jahr 2021 legte das BIP Macaus um 18 % zu (nach einem Rückgang um 56,3 % im Jahr 2020).

Der Rückgang der Zahl der **Touristen** hatte erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Im Jahr 2022 verzeichnete die Stadt 5,7 Millionen Touristen und damit weniger als 15 % der Besucher im gleichen Zeitraum 2019 (39,4 Millionen). Die Exporte von Glücksspieldienstleistungen<sup>15</sup> machten vormals rund die Hälfte des BIP Macaus aus. Aufgrund des Rückgangs des Tourismus machten diese Exporte in den ersten drei Quartalen 2022 jedoch nur 24,8 Mrd. MOP (3,0 Mrd. EUR) aus, was einem Rückgang um 54,5 % im Vergleich zum Vorjahr bzw. nur 13,7 % des Wertes im gleichen Zeitraum 2019 entsprach (181 Mrd. MOP/21,7 Mrd. EUR). Die durchschnittliche Auslastung der Hotels lag 2022 bei nur 38,5 %, gegenüber 50 % im Jahr 2021 und 91 % im Jahr 2019.

Mit einer Arbeitslosenquote von 3,5 % am Ende des Jahres, verglichen mit 1,7 % vor der Pandemie, blieb der **Arbeitsmarkt** trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage stabil.

Die **Inflation** lag mit einem durchschnittlichen Anstieg des zusammengesetzten Verbraucherpreisindex von 1,0 % weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit führte zu **geringeren Steuereinnahmen**, während die Staatsausgaben stiegen. Zur Finanzierung ihrer Ausgaben musste die Regierung auf Haushaltsreserven zurückgreifen. Die Kapitalreserven sanken bis November auf 563 Mrd. MOP (67,5 Mrd. EUR), was einem Rückgang von 12,2 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Sie sind jedoch immer noch

<sup>12</sup> Quelle: Amt für Statistik und Volkszählung, Regierung der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau, abrufbar unter: <https://www.dsec.gov.mo/en-US/>.

<sup>13</sup> Umrechnung in Euro unter Verwendung des InforEuro-Wechselkurses vom Dezember 2021.

<sup>14</sup> Recovery During a Pandemic: health concerns, supply disruptions, and price pressures, Oktober 2021, abrufbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2021/10/12/world-economic-outlook-october-2021>.

<sup>15</sup> Die Exporte von Glücksspieldienstleistungen werden anhand der Ausgaben Gebietsfremder für Glücksspiele gemessen.

ausreichend, um die Staatsausgaben auf dem Niveau von 2022 für schätzungsweise sechs Jahre zu decken.

Im Jahr 2021 erreichte der Bestand an ausländischen Investitionen einen Wert von 334 Mrd. MOP (40,0 Mrd. EUR), gegenüber 297 Mrd. MOP (35,6 Mrd. EUR) im Jahr 2020. Der größte Anteil der Investitionen, nämlich 49 %, stammte aus Hongkong, gefolgt von Festlandchina mit 34 % (Investitionen aus Offshore-Zentren ausgenommen).

## **Wirtschaftspolitik**

In seiner jährlichen Grundsatzrede stellte der Regierungschef die für 2023 geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Die Prioritäten im Bereich der Wirtschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen sowie den Tourismus- und Glücksspielsektor wiederzubeleben, die Investitionen in Infrastruktur und Wohnraumversorgung zu erhöhen und weiterhin eine Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung zu verfolgen.

Im Einklang mit dem 14. Fünfjahresplan Chinas für den Zeitraum 2021-2025 unterstrich der Regierungschef die Notwendigkeit, Macau stärker in die nationale Politik einzubinden, insbesondere in die politischen Strategien für Hengqin und die Greater Bay Area. Er kündigte an, die Umsetzung von Infrastrukturprojekten zu beschleunigen, darunter neue Entwicklungsgebiete, Eisenbahn- und Straßenverbindungen, Wohnungen, Recyclingprojekte und Entwässerungsmaßnahmen.

Die Unterstützung der Wirtschaft, die durch die pandemiebedingten Einschränkungen beeinträchtigt worden war, blieb eine der wichtigsten Prioritäten. Die Regierung verlängerte viele der im Zusammenhang mit COVID-19 ergriffenen Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Haushalten und Unternehmen (darunter Steuerermäßigungen und verschiedene Gebührenbefreiungen für Personen und Unternehmen, Mietkonzessionen und ein subventioniertes Ausbildungsprogramm).

Gebietsansässige profitierten weiterhin von dem System der Vermögensbeteiligung, das 2008 eingeführt worden war, um die Einwohner an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen. Gebietsansässige mit Daueraufenthaltsrecht erhielten 10 000 MOP (1199 EUR), Ansässigen ohne ständigen Aufenthalt stand ein Betrag von 6000 EUR (719 EUR) zu. In seiner Grundsatzrede kündigte der Regierungschef an, dass Gebietsansässige im Jahr 2023 den gleichen Betrag sowie für ein weiteres Jahr eine außerordentliche Verbrauchsbeihilfe in Höhe von 10 000 MOP erhalten werden. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Grundsatzrede ein zeitlich

befristetes Beschäftigungsbeihilfeprogramm für Arbeitgeber eingeführt, die arbeitslose Gebietsansässige einstellen. Migranten, die als Hausangestellte tätig sind, können nicht vom System der Vermögensbeteiligung profitieren.

Im Juni 2022 verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung das **geänderte Glücksspielgesetz**, durch das die Regeln für den Betrieb von Casinos verschärft wurden. Gemäß dem geänderten Gesetz ist der Regierungschef befugt, einen Konzessionsvertrag für den Betrieb eines Casinos aufgrund einer Bedrohung der nationalen Sicherheit zu kündigen. Darüber hinaus enthält es neue politische Ziele, nämlich die Verhinderung illegaler grenzüberschreitender Kapitalströme und die Bekämpfung der Geldwäsche im Zusammenhang mit Glücksspielaktivitäten, womit den Anliegen der Zentralregierung Rechnung getragen wird. Ferner fördert das Gesetz die wirtschaftliche Diversifizierung, da Glücksspielbetreiber verpflichtet sind, Investitionspläne vorzulegen, die auf die Diversifizierung der Wirtschaft abzielen. Durch das geänderte Gesetz wurde die Laufzeit von Casinokonzessionen auf zehn Jahre halbiert, die Anzahl der Tische und elektronischen Spielautomaten begrenzt und die Vergabe von Unterkonzessionen verboten. Inhaber von Casinokonzessionen müssen sich alle drei Jahre einer Leistungsüberprüfung unterziehen. Durch das Gesetz wurde die Glücksspielsteuer um 1 % (auf 40 %) erhöht und eine jährliche Mindestprämie eingeführt. Das Mindestaktienkapital, das Geschäftsführer von Casinos (die dauerhaft Gebietsansässige in Macau sein müssen) halten müssen, wurde von 10 auf 15 % erhöht.

Die Vorschriften für **Glücksspielwerbung** wurden durch das geänderte Gesetz verschärft. Anbieter von Werbedienstleistungen dürfen nur noch für einen einzigen Inhaber einer Casinokonzession Dienstleistungen erbringen, während Vereinbarungen über die Aufteilung der Einnahmen zwischen Dienstleistern und Casinos nicht mehr zulässig sind. Die Gesetzgebende Versammlung verfolgte eine ähnliche Absicht, als sie im Dezember die „Regelung für die Durchführung von Glücksspielen“ verabschiedete. Nach Schätzungen der Regierung hat dieses Gesetz, das auch als „Junket Law“ bezeichnet wird, zu einem deutlichen Rückgang der Junket-Tour-Aktivitäten (um etwa 80 %) geführt.

Die **Glücksspielkonzessionen** liefen zum Ende des Jahres 2022 aus. Die Regierung führte eine öffentliche Ausschreibung durch, um die neuen Konzessionsverträge im Einklang mit dem geänderten Glücksspielgesetz zu vergeben. Die neuen Konzessionen gelten seit Januar 2023 und haben eine Laufzeit von zehn Jahren. Die sechs etablierten Glücksspielbetreiber behielten ihre Konzessionen. Ein siebter Bieter, der Teil des globalen Glücksspielkonglomerats Genting Malaysia war, hatte keinen Erfolg im Ausschreibungsverfahren. Jeder Betreiber musste einen Investitionsplan über

einen geschätzten Gesamtbetrag von 120 Mrd. MOP (14,4 Mrd. EUR) vorlegen, der im Einklang mit der Diversifizierungsstrategie auch Maßnahmen zur Förderung von anderen Tätigkeiten als Glücksspiel umfassen musste.

Ziel der **Strategie für die Diversifizierung der Wirtschaft** ist die Entwicklung von Branchen wie Tourismus, der nicht mit dem Glücksspiel zusammenhängt, Tagungen und Ausstellungen, Gesundheit (einschließlich traditioneller chinesischer Medizin), Finanzdienstleistungen sowie Wissenschaft und Technologie. Trotz eines Rückgangs in den letzten Jahren machte der Glücksspielsektor vor der COVID-19-Pandemie noch immer rund die Hälfte des BIP der Stadt aus. In seiner Grundsatzrede nannte Regierungschef Ho Iat Seng das Ziel, den Beitrag der anderen Sektoren auf 60 % des BIP zu erhöhen.

Auf dem Gebiet der **Finanzdienstleistungen** besteht das Ziel der Behörden darin, einen lokalen Anleihemarkt (der auch grüne Anleihen sowie Anleihenotierungen von Institutionen und Unternehmen aus Festlandchina umfassen soll) zu entwickeln und Dienstleistungen in den Bereichen Vermögensverwaltung, Finanzierungsleasing und Investmentbanking sowie den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in Renminbi zu fördern. Um dies zu erreichen, nimmt die Regierung derzeit Reformen am Rechtsrahmen für das lokale Finanzsystem vor und ergreift Maßnahmen zur Entwicklung der Finanzmarktinfrastruktur Macaus. Die Gesetzgebende Versammlung verabschiedete ein neues Trust-Gesetz, das Modelle zur Eigentumsübertragung und Nachlassplanung sowie diversifizierte Finanz- und Versicherungslösungen für öffentliche Einrichtungen und Finanzinstitute umfasst. Bis Dezember 2022 waren 13 Schuldverschreibungen bei der zentralen Wertpapierverwahrungsstelle Macaus begeben worden, größtenteils von Banken und staatlichen Stellen aus Festlandchina.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2018 wurden an der Chongwa (Macao) Financial Assets Transaction, S.A. (MOX) – Macaus Plattform für die Notierung von und den Handel mit Anleihen – nach Angaben der Vertreter der Plattform Anleihen im Wert von insgesamt 350 Mrd. MOP (41,9 Mrd. EUR) notiert. Im März 2022 schlossen die MOX und die Luxemburger Börse eine Kooperationsvereinbarung, nachdem im Januar 2020 eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet worden war. Ziel ist es, an der MOX notierte Wertpapiere stärker ins Blickfeld internationaler Anleger zu rücken.

### **Wirtschaftliche Integration mit Festlandchina**

Nachdem die meisten pandemiebedingten Beschränkungen zum Jahresende aufgehoben worden waren, wollte Macau seine Position als Tourismus- und Freizeitzentrum wiedererlangen und sich als Drehscheibe für Unternehmens-

und Finanzdienstleistungen, insbesondere zwischen Festlandchina und portugiesischsprachigen Ländern, etablieren.

Im September 2022 vereinbarten Macau und die Provinz Guangdong eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Überwachung von medizinischen Geräten, soziale Sicherheit und staatliche Dienstleistungen sowie Bildung und Innovation.

Die **Zone für vertiefte Zusammenarbeit zwischen Guangdong und Macau** ist ein etwa 100 Quadratkilometer großes Gebiet in Hengqin auf dem chinesischen Festland, das von Guangdong und Macao gemeinsam verwaltet wird.<sup>16</sup> Entsprechend den vorstehend genannten Prioritäten des 14. Fünfjahresplans Chinas soll durch die Einrichtung dieser Zone die Diversifizierung der Wirtschaft Macaus sowie eine vertiefte wirtschaftliche und rechtliche Integration mit Festlandchina gefördert werden.

Die Integration Macaus mit Festlandchina erhielt im Dezember einen bedeutenden Schub, als die Zentralregierung ankündigte, dass ab dem 1. Januar 2023 nicht gewerblich genutzte Fahrzeuge aus Macau im Rahmen der Politik „Northbound Travel for Macao Vehicles“ (Reisen in Richtung Norden für Fahrzeuge aus Macau) in die Provinz Guangdong einreisen dürfen.

### **III. Beziehungen zwischen Macau und Festlandchina**

Nach dem 20. Parteikongress der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober forderte Regierungschef Ho Iat Seng verschiedene Teile der Gesellschaft Macaus auf, sich eingehend mit dem „Geist des 20. Nationalen Parteikongresses“ zu befassen.<sup>17</sup>

Regierungschef Ho traf Präsident Xi Jinping im Jahr 2022 bei zwei Gelegenheiten, nämlich am Rande der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Übergabe von Hongkong an China und anlässlich eines Pflichtbesuchs in Peking.

Im Jahr 2022 kam es zu bedeutenden personellen Veränderungen. Im März ernannte die Zentralregierung Fu Ziyang, den ehemaligen Direktor des Verbindungsbüros der Zentralen Volksregierung, zum Berater für nationale Sicherheitsfragen im Ausschuss für die Wahrung der nationalen Sicherheit in Macau. Im Mai wurde Zheng Xincong, der ehemalige Vizegouverneur der

<sup>16</sup> Die Zone liegt am südlichen Rand der Stadt Zhuhai in Festlandchina. Nur eine Wasserstraße trennt diese Zone von Macau, und eine Brücke verbindet beide Gebiete miteinander.

<sup>17</sup> <https://macaudailytimes.com.mo/ho-iat-seng-to-fully-implement-spirit-of-national-congress-report.html>

Provinz Fujian und stellvertretende Direktor des Verbindungsbüros, zum Leiter des Verbindungsbüros und Berater für nationale Sicherheitsfragen ernannt.

#### **IV. Bilaterale Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Macau im Jahr 2022**

Mit dem im Jahr 1992 geschlossenen Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Macau sollten die Beziehungen zwischen der EU und Macau weiter ausgebaut werden. Es erstreckt sich auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie.

Der Gemischte Ausschuss EU-Macau ist eine Plattform für den Dialog zwischen Macau und der EU in einer Reihe von Bereichen. 2019 fand die **23. Sitzung des Gemischten Ausschusses** statt, doch trotz entsprechender Ersuchen seitens der EU hat es bislang keine weiteren Sitzungen gegeben.

In den ersten elf Monaten des Jahres 2022 **überholte die EU Festlandchina und wurde** mit einem Anteil von 30 % am gesamten Handel der Sonderverwaltungsregion **der wichtigste Handelspartner Macaus im Warenhandel**. Der bilaterale Handel zwischen der EU und Macau besteht fast ausschließlich (zu mehr als 95 %) aus Ausfuhren in die EU, während rund 33 % der Einfuhren Macaus aus der EU stammen.

Eurostat-Daten zufolge belief sich der **bilaterale Warenhandel der EU mit Macau** in den ersten elf Monaten des Jahres 2022 auf 1147 Mio. EUR (was einem Anstieg von weniger als 1 % gegenüber 2021 entspricht). Die Ausfuhren der EU nach Macau, die hauptsächlich aus Luxusgütern, Lederwaren, Bekleidung sowie Uhren und Schmuck bestanden, beliefen sich auf 1100 Mio. EUR und führten zu einem Handelsüberschuss in Höhe von 1053 Mio. EUR.

**Die EU blieb im Jahr 2021** nach Hongkong, Festlandchina und den USA **Macaus viertgrößte Quelle ausländischer Investitionen** (ohne Offshore-Zentren). Den amtlichen Statistiken Macaus zufolge entfiel im Jahr 2021 ein Anteil von 5,8 % des gesamten Bestands an ausländischen Direktinvestitionen (ohne Offshore-Zentren) auf die EU. Allein auf Portugal entfielen 88 % der EU-Investitionen in der Sonderverwaltungsregion. Eurostat zufolge beliefen sich die Bestände an Direktinvestitionen der EU in Macau Ende 2021 auf

1,42 Mrd. EUR,<sup>18</sup> während die Bestände der Direktinvestitionen Macaus in der EU einen Wert von 1,85 Mrd. EUR hatten.

<sup>18</sup> [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/BOP\\_FDI6\\_GEO\\_\\_custom\\_6643309/default/table](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/BOP_FDI6_GEO__custom_6643309/default/table)